

Titel der Drucksache:

Antrag der Fraktionen SPD & PIRATEN, Die Linke, Mehrwertstadt und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Drucksache 0453/26 - Verantwortung übernehmen – Rahmenbedingungen für mehr Sicherheit und Ordnung zu Silvester

| | |
|--------------------------|----------------|
| Drucksache | 0622/26 |
| Ä./E.-Antrag zur DS-Nr.: | 0453/26 |
| Stadtrat | öffentlich |

| Beratungsfolge | Datum | Behandlung | Zuständigkeit |
|----------------|------------|------------|---------------|
| Stadtrat | 18.03.2026 | öffentlich | Entscheidung |

Änderungs/Ergänzungsantrag

Die Beschlusspunkte 06 und 07 werden wie folgt geändert (Änderungen fett hervorgehoben, Streichungen durchgestrichen):

06

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ~~dem Stadtrat bis zum 30. Juni~~ **15. Mai 2026 eine Vor- bzw. Zwischenprüfung vorzunehmen, die mögliche Varianten** für das **spätere**, konkrete Umsetzungs-, Organisations- und Finanzierungskonzept für ein zentrales städtisches Silvesterangebot ~~vorzulegen zum Inhalt hat., das Dieses soll~~ insbesondere die Durchführung einer jährlich professionell organisierten Licht-, Drohnen-bzw. Lasershow (z. B. auf dem Domplatz) oder auch einer klassischen Feuerwerksshow, ein Sicherheits- und Ordnungskonzept einschließlich notwendiger Einsatz- und Kontrollstrukturen, die Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure sowie Vorschläge zur haushaltsrechtlichen Sicherung der erforderlichen Mittel ~~umfassent~~. Das **hier skizzierte** Konzept ist **nach Beschlussfassung** nach zwei Jahren zu evaluieren und perspektivisch weiterzuentwickeln, insbesondere mit Blick auf eine mögliche Einbindung oder Ausweitung auf die Ortsteile.

07

~~Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein Maßnahmenkonzept zum verbesserten Schutz von Einsatzkräften (Feuerwehr, Rettungsdienst, Polizei und Ordnungsamt) in der Silvesternacht vorzulegen.~~

Das Konzept soll insbesondere prüfen:

- ~~die Einrichtung und konsequente Kontrolle von Sicherheits- und Verbotszonen,~~
 - ~~verstärkte gemeinsame Streifen von Ordnungsamt und Polizei in Schwerpunktbereichen,~~
 - ~~organisatorische Schutzmaßnahmen an Einsatzstellen (z. B. Absicherung von Einsatzfahrzeugen, geschlossene Einsatzverbände),~~
 - ~~eine angemessene zusätzliche Schutzausstattung,~~
- ~~sowie Maßnahmen zur konsequenten Verfolgung und öffentlichen Ahndung von Angriffen auf Einsatzkräfte.~~

Schutz von Einsatzkräften in der Silvesternacht – Bericht gemäß Thüringer Kommunalordnung

Der Stadtrat spricht sich für eine konsequente Verbesserung des Schutzes von Einsatzkräften der Feuerwehr, des Rettungsdienstes, der Polizei sowie des Ordnungsamtes während der Silvesternacht aus.

Im Rahmen seines Informations- und Kontrollrechts gemäß § 22 Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) wird der Oberbürgermeister gebeten, dem Stadtrat über bestehende Maßnahmen sowie mögliche weitere Maßnahmen zum Schutz der Einsatzkräfte in der Silvesternacht zu berichten und gegebenenfalls ein entsprechendes Maßnahmenkonzept vorzulegen.

Der Bericht soll insbesondere folgende Aspekte berücksichtigen:

- Erfahrungen und Erkenntnisse aus vergangenen Silvestereinsätzen im Stadtgebiet,
- mögliche Schwerpunktbereiche mit erhöhtem Gefährdungspotenzial,
- bestehende oder mögliche Sicherheits- und Verbotszonen,
- Formen verstärkter Zusammenarbeit zwischen Ordnungsamt und Polizei,
- organisatorische Schutzmaßnahmen an Einsatzstellen (z. B. Absicherung von Einsatzfahrzeugen oder geschlossene Einsatzverbände),
- mögliche Bedarfe bei Schutzausstattung der Einsatzkräfte,
- Maßnahmen zur konsequenten Verfolgung und öffentlichen Ahndung von Angriffen auf Einsatzkräfte.

Ziel ist es, Übergriffe wirksam zu verhindern und die Sicherheit der Einsatzkräfte nachhaltig zu erhöhen.

Begründung:

Zu 06:

Mit der Änderung des Beschlusspunktes 06 wird daraus ein Prüfauftrag. Es geht ausdrücklich um eine grobe Vor- bzw. Zwischenprüfung, um zu eruieren, wie ein zentrales städtisches Silvesterangebot in diesem Jahr und grundsätzlich in den Folgejahren umgesetzt werden könnten. Das schließt eine grobe Einschätzung des notwendigen, finanziellen Rahmens ein.

Ausdrücklich soll mit der Änderung Richtung Vorprüfung ausgeschlossen werden, dass dieser Beschlusspunkt dem Anliegen des sich auf dem Weg befindenden Bürgerantrags vorweggreift. Vielmehr soll hiermit eine Voraussetzung und Vorarbeit für das Anliegen des Bürgerantrags geschaffen werden.

Das auf dieser Vorprüfung und dem erwarteten Bürgerantrag hervorgehende Konzept sollte nach Beschlussfassung alle 2 Jahre evaluiert und ggf. nachjustiert werden.

Anlagenverzeichnis

12.03.2026, gez. i. A. [REDACTED]

Datum, Unterschrift Fraktion SPD % PIRATEN

12.03.2026, gez. i. A. [REDACTED]

Datum, Unterschrift Fraktion Die Linke

12.03.2026, gez. i. A. [REDACTED]

Datum, Unterschrift Fraktion Mehrwertstadt

12.03.2026, gez. i. A. [REDACTED]

Datum, Unterschrift Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN